

Das Buch

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **53 (1973-1974)**

Heft 5: **Wie liberal ist die Schweiz?**

PDF erstellt am: **30.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

IM GESPRÄCH

Demokratie der Teilnahme – ein politisches Kochbuch

Dies ist ein ausserordentliches Buch, auffällig schon vom Titel her, der ernster genommen sein will, als er zunächst vermuten lässt¹: Es geht Rudolf Schilling tatsächlich zunächst einmal um Rezepte, genauer um neue Techniken in der Beziehung zwischen Behörden und Öffentlichkeit. Den umfangreicheren Teil seiner Darstellung widmet der Autor denn auch der eingehenden Präsentation neuer Verfahrensweisen, die mit-helfen sollen, die Teilnahme des Bürgers am politischen Geschehen zu stimulieren und zu erweitern, damit unsere direkte Demokratie auch in Zukunft funktionsfähig bleibe. (Als wichtigste seien genannt: Forum, Gruppen, Beratungsgremien, Artikulationshelfer, Ombudsmann, Informationsstelle, Hearings, Umfragen, Massenmedien, amtliche Publikationen, Orientierungsversammlungen.) Schon von diesem Thema her dürfte der in ihrer Art erstmaligen Publikation das Interesse weiter Kreise gewiss sein. Doch was dem Buch seinen eigentlichen Wert verleiht, ist seine nicht minder eingehend erarbeitete theoretische Grundlegung, ohne die die politischen Rezepte seines Hauptteiles eigentlich im Leeren schweben müssten.

Denn in der Tat muss heutzutage ein Autor – will er nicht von vornherein für naiv gehalten werden – schon eine eingehende Rechtfertigung mitliefern, wenn er dazu aufruft, die politische Teilnahme der Öffentlichkeit durch

einen Ausbau der Institutionen der direkten Demokratie zu stimulieren – in der Meinung, damit gleichzeitig den Staat funktionsfähig zu erhalten, ja ihn in seiner Funktionsfähigkeit verbessern zu können. Denn es dürfte zwar unbestritten sein, dass die herkömmliche direkte Demokratie nach schweizerischem Muster den Anforderungen, die die Zeit an den Staat stellt, kaum mehr gewachsen ist. Aber Abhilfe für diesen Staat wird heute, so weit man hört, weniger von einem Ausbau der direkten Demokratie, viel eher von ihrer «Verwesentlichung», von einer Straffung des Entscheidungsprozesses erwartet, und immer eindringlicher lässt sich aus dem Kreis der um die Funktionsfähigkeit unseres politischen Systems Besorgten die Frage vernehmen, ob nicht überhaupt auch für unser Land die Übernahme des parlamentarischen Systems die Lösung der Zukunft sein müsse. Dass gleichzeitig von ganz anderer Seite der Ruf nach «Demokratisierung» nicht minder vernehmlich erhoben wird, ist allerdings eine Tatsache, die mit zum Bilde gehört. Aber man geht kaum zu weit, wenn man bemängelt, dass die Anhänger demokratisierender Tendenzen, besorgt um die Erhaltung der demokratischen Substanz, der Frage nach den Auswirkungen ihrer Postulate auf die Funktionsfähigkeit des Ganzen bisher mindestens nicht mit der wünschbaren Gründlichkeit nachzugehen pfliegen.

Von solch beklemmender Einseitigkeit ist Rudolf Schillings Demokratiebuch in erfrischender Art frei, denn es ist gleichzeitig von der Sorge um die demokratische Substanz wie von der Sorge um die Funktionsfähigkeit des Ganzen getragen, und man staunt darüber, wie zwanglos der Autor die beiden Anliegen zu einer Synthese zu vereinen versteht.

Der Akzent liegt freilich auf der Demokratie, der Demokratie der Teilnahme, wie sie Rudolf Schilling pleonastisch nennt, um klarzustellen, dass Demokratie so, wie er sie versteht, nichts zu tun hat mit dem reichlich blutleeren Konzept einer auf Mehrheitsentscheid und Gleichheitsgrundsatz reduzierten Maxime der engeren Staatsorganisation, zu der das ursprüngliche Ideal unter den Händen von Generationen von Pedanten unversehens zusammengeschrumpft ist. Bei Rudolf Schilling tritt das Ideal wieder in seine alten Rechte ein. Demokratie ist ihm vor allem ein Prinzip («das Prinzip des freien, vernünftigen Gesprächs») und eine Haltung («experimentelle Haltung»). Von diesem Prinzip und von dieser Haltung muss das gesamte öffentliche Leben getragen sein, wenn die formalen Entscheidungsregeln überhaupt ihren Sinn erfüllen sollen. Daher denn auch das Postulat einer institutionellen Sicherung des freien Gesprächs zwischen Behörden und Öffentlichkeit in allen Stadien der staatlichen Planung und Entscheidungsvorbereitung. Denn: es geht nicht ums Stimmenzählen oder ums Stimmenwägen; die Stimmen wollen vor allem einmal vernommen werden, und das Vernommene will verarbeitet werden; und erst wenn nach diesem Vorgang schliesslich abgestimmt wird, kann man von

einem demokratischen Entscheid sprechen.

Aber ist denn die Forderung nach einer vermehrten Teilnahme der Öffentlichkeit in den Stadien der Planung und der Entscheidungsvorbereitung nicht ein utopisches Postulat? Wird der Staat dadurch nicht schwerfällig und in seiner Leistungskraft gehemmt? – Es gehört mit zum Spannendsten an diesem Buch, die Dialektik nachzuvollziehen, mit der der Autor diesem Einwand begegnet. Er beginnt mit der Durchleuchtung der Hintergründe, vor denen in diesem Zusammenhang die Forderung nach einem leistungsfähigen Staat zumeist erhoben wird. Kommt da hinter der Sorge um den Leistungsstaat nicht vielfach eine verkehrte Vorstellung darüber zum Vorschein, was die eigentliche Leistung des Staates ausmacht: Woran wird die Leistung gemessen? An der Anzahl Schulhäuser, die der Staat aufstellt? An der Anzahl Autobahnkilometer, die in einem bestimmten Jahr dem Verkehr übergeben werden? Oder soll die Leistung am Wohlbefinden der Menschen gemessen werden, an der Verminderung von Unzufriedenheit, Gehässigkeit und Aggression, an Gesundheit, Freiheit und Gerechtigkeit? Was ist wichtiger: ein gewaltiges Bauwerk oder eine gerechte Gesellschaft?

Solche Passagen in Schillings Buch lassen die Erinnerung an zeitlos-klassisches Denken wieder wach werden. Doch was meint Gerechtigkeit hier und jetzt? Schilling erinnert an eine heute nur allzu oft vernachlässigte Wahrheit: Es genügt nicht, Gleichheit unter den Menschen zu schaffen, wenn nicht gleichzeitig auch dafür gesorgt wird, dass die Bürger das politische Geschehen als ihr eigenes Tun miterleben können. Schilling weiss, dass ein Staat, der

dies erreichen will, sein Anliegen aktiv gegen etablierte Mächte und Gewohnheiten erkämpfen muss, und dazu bedarf es nicht zuletzt auch technischer Leistungsfähigkeit. Ich kann mich nicht erinnern, das Problem, um das es hier geht, schon einmal so lapidar-eindringlich formuliert gelesen zu haben: In der Wirtschaft ballt sich immer mehr Macht zusammen. Diese Macht bedarf der Kontrolle; doppelter Kontrolle sogar: der Kontrolle durch die Arbeitnehmer und der Kontrolle durch die politische Gewalt. Und die politische Gewalt, der Staat, der auch immer mächtiger wird, bedarf ebenfalls der Kontrolle.

Der Staat muss also leistungsfähig sein, um den übrigen gesellschaftlichen Mächten gegenüber seinen Auftrag durchsetzen zu können. Dieser Leistungsfähigkeit tut es nun aber entgegen einer üblichen Annahme keinen Abbruch, wenn der Bürger an der Entscheidungsvorbereitung im Staate mehr als bisher beteiligt wird. Im Gegenteil, die Leistungs- und Lernfähigkeit der «politischen Maschine» sieht Schilling gesteigert, wenn die Anliegen der Bürger rechtzeitig zur Kenntnis genommen und diskutiert werden. Das hat nichts zu tun mit Führungslosigkeit. Im Gegenteil, Schilling bleibt durchaus auf der Linie seiner bisherigen Überlegungen, wenn er den Entscheidungsvor-

gang selbst nicht mit zusätzlichem Ballast, etwa mit Alternativabstimmungen, beschweren will, sondern von den Behörden einen klaren Entscheid zu Handen der Volksabstimmung verlangt.

Wird da den Behörden nicht zu viel aufgebürdet? Heisst es nicht auch den Bürger überschätzen, wenn man von ihm erwartet, dass er sich immer wieder erneut der politischen Auseinandersetzung stellt, um sich letzten Endes doch einem Mehrheitsentscheid zu fügen? Schilling verhehlt sich nicht, dass er seinen Überlegungen ein optimistisches Bild vom Menschen zugrundelegt, dem der empirische Mensch unserer Zeit nur unvollkommen entspricht. In einem letzten Abschnitt geht er daher folgerichtig den gesellschaftlichen Umweltbedingungen nach, die geschaffen werden müssten, um den Menschen zum vollwertigen Staatsbürger heranzubilden. Dass die Schaffung dieser Voraussetzungen gleichzeitig Ziel einer demokratischen Politik sein werde, ist eine der Hoffnungen dieses von einer starken Begeisterung getragenen Buches.

Christian Thalmann

¹Rudolf Schilling, Die Demokratie der Teilnahme – ein politisches Kochbuch, Schulthess Polygraphischer Verlag, Zürich 1973.

POLITISCHE AKTUALITÄTEN, POLITISCHE TRÄUME

«Zum Beispiel Bern 1972»

Politik setzt, im allgemeinen, Abwägen und Disponieren voraus, Taktik und Diplomatie; ein Tagebuch dagegen no-

tiert ohne Vorsicht, gewissermassen unter dem Risiko des Irrtums, was aus dem Augenblick heraus an Erkenntnis

und Erfahrung da ist. So gesehen, ist ein «politisches Tagebuch» ein widersprüchliches Unterfangen – kein Wunder, dass *Kurt Martis* «*Zum Beispiel Bern 1972*», ganz offensichtlich aus dem Augenblick heraus geschrieben und nicht aus nachträglicher Übersicht retouchiert, auch keineswegs literarisch stilisiert, einigermaßen explosiv wirkt und widersprüchliches Echo weckt¹. Es gehört denn auch zu den nicht eben häufigen Büchern, deren Wirkung über das Feuilleton hinausgeht. Ob es eine Verbesserung des politischen Klimas zur Folge hat – oder umgekehrt eine Verhärtung der ohnehin verfestigten Fronten, ist schwer festzustellen; aber eines immerhin hat es bewirkt: es wird jetzt wenigstens «darüber geredet» (und das ist nicht unwichtig) – nämlich über die in der letzten Zeit zunehmende, meistens mit Beifall oder dann mit ironisch-schweigender Reserve aufgenommene Campagne gegen die «linke Subversion» mit der verhängnisvollen (fast stereotypen) Gleichsetzung von Opposition mit Subversion. Marti nennt diese Haltung kurz «Cincerismus» und hält damit, seinerseits bewusst und ein wenig ironisch schematisierend, den Schlagwörtern der Gegner ein eigenes entgegen – das vielleicht in der Auseinandersetzung gar nicht so unbrauchbar ist.

Er schreibe ein tapferes und notwendiges Buch, sagen die einen; er schieße übers Ziel hinaus, werfen ihm andere vor; das Buch hätte ebensogut von einem freisinnigen Parteisekretär geschrieben werden können, heisst es bei der extremen Linken; er nehme seine Gegner zu wichtig, wird gesagt – aber auch: er nehme sich selber zu wichtig. Eine Fehlerquelle, vielleicht die grösste, liegt meines Erachtens darin, dass Marti

sich bei seinen Notizen von Tag zu Tag auch auf Nachrichten aus zweiter und dritter Hand stützt, auf das «man sagt» und «wie ich höre» – dass sich hier Irrtum und Missverständnis einschleichen, ist wohl unvermeidlich. Am Grundthema des Buches, an der Grundfrage, ändert das freilich nichts. Und es wäre doch wohl absurd zu behaupten, die Anti-Subversions-Campagne der letzten Jahre stelle in unserem öffentlichen Leben eine Quantité négligeable dar und erledige sich, mit Stillschweigen behandelt, von selbst. Ihre Wirkung ist ja sogar ausserhalb des im engeren Sinn politischen Bereichs fühlbar und hemmt nicht selten liberale Kräfte in Erneuerungsversuchen, die vielleicht sogar von grossen Teilen unserer «Rechten» als notwendig angesehen würden. Auf jeden Fall gilt das für bernische Verhältnisse. Das spezifisch «Bernische» des Politischen Tagebuches liegt denn auch weniger in der Nennung dieser oder jener Person, bestimmter Lokalitäten oder Ereignisse, sondern im Atmosphärischen: in der starken Ausstrahlung, die das Politische, der Staat als Institution, seit jeher im bernischen Leben hatte.

Nun sind aber diese (wichtigen) aktuell-polemischen Aspekte des Buches bereits in Presse und Massenmedien genügend besprochen worden – so ausführlich und ausschliesslich, dass man fast den Eindruck bekommt, das Buch bestehe nur aus anticinceristischen Eskapaden. Das ist aber keineswegs der Fall; das Buch ist ungleich differenzierter und vielschichtiger. Da ist etwa Martis Tendenz, seine Kritik an der Rechten zu korrigieren durch entsprechende Kritik an der extremen Linken, mehr noch durch den Hinweis auf die persönliche Achtbarkeit der «Machtha-

ber», überhaupt jener Leute, die man zum Establishment zählt und die von «forschen Linken» mit dem System in Bausch und Bogen abgelehnt werden. Bürgerliche Tüchtigkeit hat durchaus ihren Stellenwert in Martis politischem Weltbild, und das (erzbürgerliche) Wort «wacker» braucht er nicht nur auf ironische Weise. Nicht übersehen werden dürfte denn auch jene Passage, in der er eine Art von Ehrenrettung des schweizerischen Beamten versucht: «Auf allen Stufen sind Leute am Werk, die zuverlässig tun, was getan werden muss, und auch mehr als nur das. Von dieser stillen Reserve an Redlichkeit, Verantwortungsfreude und Zuverlässigkeit lebt unser Staat, ohne bisher kafkaesk oder korrupt worden zu sein.» Dass der einzelne in der gesellschaftlichen Struktur – der bestehenden wie einer künftigen – nicht einfach aufgeht, nicht aufgehen darf, ist ein Thema, das Marti immer wieder beschäftigt. Auch es könnte Anregung zu politischen Diskussionen – und zwar zu grundsätzlichen – sein.

Das führt uns zu einer anderen, der wohl tiefsten Schicht des Buches: zu Martis Versuch, politische Haltungen und Wünsche mit dem Unbewussten zu verbinden. «Notier dir mal, was du an Mikropolitik erfährst, beobachtest» – das ist der bewusste Vorsatz, der am Anfang des Buches steht. Aber je weiter die Aufzeichnungen fortschreiten, um so mehr kommt der Dichter Marti seiner dokumentarischen Tendenz in die Quere. Nicht dass er den Bericht stilisierte; aber jener Bereich, den er selber als Ursprung des Kreativen sieht, beschäftigt ihn immer mehr: der Traum wird immer wichtiger, nicht als Fluchtort vor der Realität, sondern in bezug auf die Politik. Da wird die Frage gestellt, ob wohl Menschen verschiedener

politischer Haltung auch verschiedene Träume hätten, da ist der Vermerk, er selber hätte kaum politische Angstvisionen – jedoch deutlich Träume mit einer «linken» Tendenz: «Epiphanien, Visionen offener, heiter belebter Kirchen, gesellig leuchtender Städte, ungewollener, herrschafts- und repressionsfreier Kommunitäten.»

Ich halte diese Passagen für das Fesselndste und Originellste im ganzen politischen Tagebuch: weil hier Politik aufhört, ein abgetrennter Bereich zu sein, ein Spezialfach gewissermassen, weil politisches Denken – und wohl auch Handeln – verbunden wird mit dem kreativen Zentrum des Menschen. Aber diese Stellen faszinieren ganz offensichtlich weniger als die aktuell polemischen. Das Buch steht, was seine Wirkung angeht, unter einem eigenartigen Paradoxon: seiner polemischen Seite verdankt es – wohl ausschliesslich – seinen Erfolg, umgekehrt verhindert gerade sie, dass man es als Ganzes, das heisst auch in seiner Tiefendimension liest. Müsste man dem Verfasser also den nachträglichen Rat geben, er hätte doch besser um der wichtigen grundsätzlichen Fragen die polemische Seite von ihrer persönlichen Spitze befreit, Namen weggelassen, Erfahrungen verfremdet?

Ganz so einfach ist aber die Sache nicht. Denn Kurt Marti ist nicht nur Utopist und politischer Träumer. Der Bezug auf politische Aktualität (und zwar ohne stilistische Verbrämung, pointiert) gehört seit jeher zu seiner Haltung, einschliesslich der Tendenz, «gelegentlich übers Ziel hinaus zu schiessen», einschliesslich aber auch der Aufmerksamkeit für das politisch Mögliche und Realisierbare. Wie kaum ein anderer Autor dürfte die Spannung zwi-

schen Utopie und Realität gerade für ihn bezeichnend sein und seine politische Haltung begründen.

Aber noch aus einem andern Grund darf man die polemischen Stellen nicht einfach wegretouchieren, ist das Buch, leider, notwendig. Es enthält die Abrechnung mit der Anti-Subversions-Campagne der letzten Jahre, trägt sie vor aus der Sicht eines «Linksliberalen» – und zwar eines Beteiligten und oft massiv Angegriffenen. Nun wäre es gewiss besser gewesen, die dezidierte Antwort auf den «Cincerismus» wäre nicht von den Betroffenen selber, sondern sozusagen aus der «liberalen Mitte» (von der ich glaube, dass es sie gibt) gegeben worden. Das ist aber

nicht geschehen, oder nicht deutlich genug. (Stillschweigendes Sich-Distanzieren, lächelnde Überlegenheit genügten in diesem Falle nicht.) Mit andern Worten: die Schärfe der Kritik, auch ihre persönliche Färbung, ist die Quittung für das Schweigen unserer liberalen Kräfte, die in diesem Fall nicht so leise hätten sein dürfen. Auch unter diesem Punkt könnten wir das Buch als Anregung zur Diskussion betrachten.

Elsbeth Pulver

¹Kurt Marti, Zum Beispiel Bern 1972. Ein politisches Tagebuch, Luchterhand-Verlag, Darmstadt und Neuwied 1973.

RÜCKBLICK UND SELSTVERSTÄNDNIS

Literatur zur neuesten Schweizergeschichte

Nicht als ob es ihrer ermangeln würde – doch abseits aller spektakulären Diplomatie stehend, wird in Fragen der schweizerischen Aussenpolitik eher mit Zurückhaltung von Erfolgen oder Niederlagen gesprochen. Als Paradebeispiele dafür, wie es dem Kleinstaat dank seines diplomatischen Geschicks gelang, eine Grossmacht in ihre Schranken zu weisen, werden mit Vorliebe jene zwei berühmten Verletzungen schweizerischen Hoheitsgebietes genannt, die als Angriff auf die demokratische Existenzgrundlage gedeutet wurden: der Wohlgemuth-Handel von 1889 und der Fall Jacob-Wesemann von 1935. In der Tat bildete in beiden Konflikten die Bedrohung der schweizeri-

schen Asylpolitik und mit ihr der inneren Freiheit den eigentlichen düsteren Hintergrund, während die unerlaubte Ermittlungstätigkeit des in Rheinfeldern ertappten Mülhausener Polizeinspektors August Wohlgemuth selbst eher unbedeutend war und die Entführung eines der aktivsten Gegner der deutschen Aufrüstungspolitik als Menschenraub zwar gravierend, zunächst aber als der eklatanteste innerhalb der bisherigen Grenzübergriffe lokalisierbar schien. Doch in beiden Konfliktsituationen ging es mehr als um den blossen Übergriff subalternen Amtsstellen; diese Interessenkollisionen zwischen Machtpolitik und Rechtsstaatlichkeit fielen nicht zufällig in eine Phase, da

Deutschland die innere Unterdrückung einer missliebigen Opposition mit einer rücksichtslosen Imperialismuspolitik nach aussen zu verbinden begann.

Mehr noch als anderswo gilt es daher, den Einzelfall in den Gesamtzusammenhang einzuordnen. Sowohl *Hansjörg Renk*¹ wie *Jost Nikolaus Willi*² haben, angeregt durch die Basler Historiker Edgar Bonjour und Andreas Staehelin, in ihren als Buchpublikationen erschienenen Dissertationen umfassende Detailstudien vorgelegt, die neben dem Spezifischen des Zwischenfalls den nur aus dem zeitbedingten Kontext verständlichen diplomatischen Verwicklungen nachspüren.

Um Bismarcks Motive

Seitdem Bismarck durch die Ausnahmegesetzgebung von 1878 die deutsche Sozialdemokratie zu zerschlagen versuchte, war die Schweiz zum Hauptstützpunkt der sozialistischen Emigration geworden. In Zürich erschien das Oppositionsorgan «Der Sozialdemokrat», und von hier aus dirigierte der «rote Postmeister» Julius Motteler den raffinierten Schriftenschmuggel nach Deutschland. Anarchistische Umtriebe, aber auch Agenten und Lockspitzel verschärften die Spannungen im zwischenstaatlichen Verhältnis. Zu einem ersten Eklat kam es im Januar 1888, als der sozialdemokratische Abgeordnete Singer im Reichstag den preussischen Innenminister dank der Indiskretion des Zürcher Polizeikommandanten Fischer zwielichtiger Überwachungsmethoden überführen konnte. Massnahmen zur Reorganisation der politischen Polizei wurden nun vom Bundesrat in die Wege geleitet. Der «Sozialdemokrat» musste

nach London übersiedeln. Als am Osters- tag des folgenden Jahres Wohl- gemuth von seinem vermeintlichen Vertrauens- mann in die Hände der aargauischen Polizei gespielt wurde, hätte somit wenig Anlass bestanden, daraus eine inter- nationale Affäre zu machen.

Aufgrund eingehender Quellenstu- dien auch in deutschen Archiven zeigt *Hansjörg Renk* in einem zweiten Ab- schnitt auf, wie Bismarck den Zwi- schenfall trotzdem zu einem diplomati- schen casus belli hochspielte und durch eine mit Russland und später mit Öster- reich abgestimmte Demarche versuchte, von der Schweiz eine Änderung ihrer Asylpolitik zu erzwingen. Kernpunkt war dabei die zuerst vom russischen Aussenminister Giers aufgebrachte Drohung, falls den revolutionären Be- wegungen nicht der Boden entzogen würde, die Frage zu prüfen, «inwieweit die Schweizer Neutralität mit den Ga- rantien der Ordnung und des Friedens vereinbar ist, ohne welche das Wohl- befinden der übrigen europäischen Mächte nicht bestehen kann» (Note Bismarcks vom 5. 6. 1889). Der von Bis- marck befürwortete Rückgriff auf die historische Wiener Kongressakte von 1815 stand zum Anlass denn doch in einem krassen Missverhältnis, das die- ses diplomatische Intrigenspiel scheitern liess. Zieht man aus Renks letztem Hauptabschnitt «Hintergründe und Folgen» die Bilanz, so hat Bismarck we- der innenpolitisch die Sozialdemokratie zu schwächen vermocht, noch aussen- politisch aus dem gemeinsamen Vor- stoss gegen die Schweiz die erhoffte Festigung der deutsch-russischen Bezie- hungen gewonnen. Insofern hatte der alternde Kanzler eine empfindliche Nie- derlage erlitten, die sich allerdings die Schweiz trotz ihres Aussenpolitikers

Numa Droz kaum als ihr Verdienst anrechnen kann.

Bismarcks eigentliches Ziel, der unterdrückten Sozialdemokratie die ins Ausland verlegten Agitationsbasen zu entziehen, ist im Fall der Schweiz weitgehend erreicht worden. Doch ist die Wiederherstellung der Bundesanwaltschaft und der Ausbau der politischen Polizei nicht nur die Frucht von Bismarcks Drängen – wie dieser meinte –, vielmehr waren sie die unvermeidlich gewordenen Massnahmen eines Staates, der sowohl der politischen Aktivität unter seinen Ausländern als auch dem Agentenunwesen bedenklich hilflos gegenübergestanden hatte. Dies hatte sich schon bei der Anarchistenuntersuchung von 1885 erwiesen. Bismarck selbst wurden weiterreichende, auf die Existenzgrundlage der Schweiz zielende Absichten zugeschrieben. Dass der Reichskanzler, trotz seiner eigenen späteren Versicherungen, nur wegen der Exilsozialisten ein derartiges diplomatisches Abenteuer beginnen würde, schien nicht wenigen beim Format dieses ausserpolitischen Genius unwahrscheinlich. Renk selber ist sich nach eingehender Motivforschung über Bismarcks Vorgehen nicht schlüssig geworden: «Die wahren Gründe seiner damaligen Aktion werden uns wohl für immer verborgen bleiben» (S. 389). Das Bestehen einer weitgreifenden Zielsetzung bezweifelt er allerdings. Mehr als die politisch-historische Analyse hätte wohl ein sozio-psychologischer Exkurs über Bismarcks Verhältnis zur Sozialdemokratie, die ihm als die gefährlichste Bedrohung seines Lebenswerkes von Innen galt, dieses Rätsel des Mysteriösen entbinden können. Der Gewinn der Schweiz aus dieser Affäre war die Festigung des Neutralitätswillens und die

Stärkung des Selbstbewusstseins nach aussen. Hansjörg Renk ist es gelungen, den Wohlgemuth-Handel unter Einbezug wohl aller relevanten Akten umfassend zu erhellen. Ein Personenregister hätte seine Publikation, der man einen besseren Einband wünschen würde, leichter erschliessbar gemacht.

Der Fall Jacob

Ebenso gewichtig ist die Detailstudie von *Jost Nikolaus Willi*, der neben den schriftlichen Unterlagen aus deutschen und schweizerischen Archiven zahlreiche mündliche Mitteilungen auswerten konnte. Die Entführung Berthold Jacob Salomons aus Basel nach Deutschland vom 9. März 1935, ausgeführt durch Organe der Gestapo, ist durch die laufende Fernsehserie «Die Schweiz im Krieg» von Werner Rings in Erinnerung gerufen worden – leider ohne Beziehung Willis, der sich seit 1966 in diese Materie vertieft hat. Der Verfasser vermittelt nicht nur biographische Einblicke in das Leben des politischen Schriftstellers und jüdischen Emigranten Jacob, sondern auch in dasjenige seiner Entführer, insbesondere des Dr. Hans Wesemann. Da dieser in der Schweiz verhaftet werden konnte, gelang es, den deutschen Anschlag in seiner ganzen Verwerflichkeit blosszulegen. Der Entführungsablauf, die Verurteilung Wesemanns, das diplomatische Ringen um die Rückgabe Jacobs, die Behandlung in den Räten des Kantons Basel-Stadt und der Eidgenossenschaft, die juristische Beurteilung, der Vergleich mit Analogiefällen und die Reaktion in der Presse des In- und Auslandes sind die Hauptaspekte, unter denen Willi ein erschöpfendes Bild die-

ser eklatanten Rechtsverletzung erarbeitet hat.

Seiner zum Teil etwas spekulativen Interpretation wird hingegen nicht immer zu folgen sein. So etwa, wenn der Verfasser für das unklug lange Zögern Hitlers bei der Rückgabe Jacobs, zu der er sich dann plötzlich doch noch – die Situation begann für Deutschland höchst peinlich zu werden – entschloss, darüber *raisonniert*, ob Hitler es zu jener Zeit noch nötig gehabt habe, gegenüber Partei, Gestapo und Auswärtigem Amt seine Führerposition unter Beweis zu stellen, oder ob er etwa die Methoden des Auswärtigen Amtes lächerlich machen wollte; vielleicht aber, so fragt sich Willi: «Mag sein, der Führer habe den Gestapoführern ihre Grenzen andeuten wollen» (S. 250). Dass Hitler die Rückgabe eines seiner erbittertsten Gegner ganz einfach schwerfiel, zumal ihm dieser als Jude und Emigrant, vor allem aber als Warner vor seiner Aufrüstungspolitik auf tiefste verhasst war, birgt eine Erklärung, die um ihrer Schlichtheit willen nicht weniger wahrscheinlich ist. Das Schicksal von Jacobs Freund Ossietzky, der seit 1934 im Konzentrationslager sass und den der Friedens-Nobelpreis nicht vor dem Tod rettete, ist beredtes Beispiel genug. Die für Deutschland drohende Blamage, im schiedsgerichtlichen Verfahren zu unterliegen, rettete Jacob das Leben; am 25. September 1941 wurde er in Lissabon erneut entführt und am 17. Februar 1944 ist er in der Gewalt seiner Feinde gestorben.

Damals konnte und wollte Hitler durch eine Ignorierung der allzu krasen Rechtsverletzung seine Glaubwürdigkeit in der Aussenpolitik nicht noch mehr belasten. Indem die Schweiz für die Wahrung ihrer Souveränitätsrechte

eintrat, gewann sie wie im Fall Wohlgemuth ein erhöhtes Selbstvertrauen, der Bedrohung ihrer Unabhängigkeit zu begegnen. Im Innern gab der Fall Jacob den unmittelbaren Anstoss zum Bundesratsbeschluss vom 21. Juni 1935, der der Bundesanwaltschaft die Schaffung einer eigenen Bundespolizei ermöglichte.

Die Armee in der Zwischenkriegszeit

Nicht weniger als der Staatsschutz war im Hinblick auf den Zweiten Weltkrieg der Ausbau der Landesverteidigung von Bedeutung. *Jann Etter* hat die Diskussion über das Militärwesen in der Schweiz während der Jahre 1918 bis 1939 verfolgt, und es ist ihm gelungen, in diesen die Öffentlichkeit bewegenden Armeedebatten die lange Zeit divergierenden Auffassungen bis zur schliesslich gemeinsamen Abwehrbereitschaft einzufangen³. Nachdem die Sozialdemokratie den Krieg trotz den Kundgebungen der Internationale um nichts aufzuhalten vermocht hatte, sollte die Hinwendung zum konsequenten Antimilitarismus wenigstens in Zukunft die Wiederholung einer solchen Weltkatastrophe verunmöglichen. Aber auch im Bürgertum war bei Kriegsende der Ruf nach Abbau- und Sparmassnahmen laut geworden. Die Diskussion über die Militärfrage gliederte sich in der Folge thematisch in zwei Abschnitte. Der erste Teil ist umgrenzt vom Generalstreik 1918 und dem Genfer Novemberkonflikt von 1932, die den Graben zwischen «rechts» und «links» tief aufrissen und die mehr als jedes andere Ereignis die Armee zum Gegenstand des Klassenkonfliktes mach-

ten. Bis 1933 ging die Auseinandersetzung um die Erhaltung der Armee überhaupt. Unter dem Druck der ausenpolitischen Bedrohung kam es in der Sps zur Neuorientierung; diese sowie den verzögerten Ausbau der Armee, die erst nach gewaltigen Anstrengungen ein kriegstaugliches Instrument wurde, zeichnet Etter vor allem aufgrund gedruckter Quellen nach.

Einmal mehr hat die Auswertung der Presse die wichtigsten Hinweise für eine historische Studie geliefert. Um so wertvoller wäre es, über eine umfassende Geschichte der Schweizer Presse zu verfügen, die, so ist zu hoffen, als Kooperationswerk unter Führung einer publizistikwissenschaftlichen Institution an die Hand genommen wird. Nachdem *Kurt Koszyk*, Direktor des Instituts für Zeitungsforschung in Darmstadt, seine mit grösster Akribie betriebenen Forschungen veröffentlicht hat, erschliesst nun die dreiteilige Geschichte der deutschen Presse den Zeitraum vom 16. Jahrhundert bis zum Ausgang des Zweiten Weltkrieges⁴. Indem die Zusammenhänge zwischen Presse, Parteien, Interessengruppen und Regierungskabinetten freigelegt werden, wird das soziale, politische und ökonomische Beziehungsgeflecht gesellschaftlichen Zusammenlebens innerhalb eines Staates vielleicht aus seiner ergiebigsten Perspektive sichtbar.

Breitere Beachtung verdient auch die von *René Riesen* vorgelegte Studie über die Schweizerische Bauernheimatbewegung, die eng mit dem Jungbauernführer Hans Müller verknüpft ist⁵. Die pessimistische Einschätzung der Zukunft des Bauernstandes, die Ablehnung der modernen Industriegesellschaft, die Hervorhebung des Bildungs- und Führungsproblems, eingeordnet in

eine betont nationale Gemeinschaft – dies sind die Stichworte für diese «Erneuerungsbewegung», die Riesen als Soziologe unter Hinzuziehung auch statistischer Methoden erhellt.

Problematische Wirtschaftspolitik

Eine Untersuchung über die Wirtschaftspolitik während der Zwischenkriegszeit steht noch aus. Für die gefährvolleren Jahre des Ersten Weltkrieges kann hingegen auf die Publikation von *Heinz Ochsenbein* zurückgegriffen werden, die die Folgen einer vernachlässigten rudimentären Kriegsvorsorge auf diesem Gebiet drastisch hervortreten lässt⁶. Gegenstand dieser Darstellung sind weniger die Wirtschaftsbeziehungen zu einzelnen Ländern, als die von den Kriegsparteien der Schweiz aufgedrängten wirtschaftlichen Kontrollorganisationen: die «Société Suisse de Surveillance économique» (Sss) und die in der Form noch eher erträgliche «Schweizerische Treuhandstelle» für die Einfuhr deutscher und österreichisch-ungarischer Waren. Die unterschiedliche Handhabung der Kontrollen erklärte sich aus der andersgearteten ökonomischen Kriegszielsetzung: die Alliierten strebten die vollständige Blockade der Zentralmächte an, während diese vor allem den Export kriegswichtiger Rohstoffe und Industrieprodukte nach den Ententeländern verhindern wollten. Als durchlässige Stelle zwischen beiden stand der neutrale Staat, der nicht mehr nach dem durch das Recht gesetzten Massstab, sondern nach dem subjektiven Interessenstandpunkt der Kriegführenden behandelt wurde – wiederholt verbunden mit der Sperrung von Zufahrtslinien als Druckmit-

tel. Das Bedenkliche dabei war, dass der Bundesrat die Überwachung auf dem eigenen Boden aus seinen Händen und der Bespitzelung von Firmen freien Lauf gegeben hatte. Obwohl die Sss formal als Verein mit schweizerischen Mitgliedern figurierte, war sie ganz dem Willen der Alliierten preisgegeben. Im Vergleich mit der Wirtschaftspolitik vor und während des Zweiten Weltkrieges dürfte Ochsenbeins abschliessende Wertung, trotz allem erscheine der Weg des langsamen Nachgebens, den der Bundesrat bewusst eingeschlagen habe, «auch in der historischen Rückblende als der richtige» (S. 331), der kritischen Prüfung nicht standhalten.

Beitritt zur UNO?

Der besondere Reiz der Zeitgeschichte ist es, den Ausblick in die Gegenwart zu öffnen. Die Gefahr, aus der Geschichte die falschen Lehren zu ziehen, stellt sich der Schweiz im Zusammenhang mit der Beitrittsfrage zu den Vereinten Nationen. Der Eintritt in den Völkerbund unter Aufgabe der integralen Neutralität hatte sich als Fehler erwiesen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wollte man den 1938 zurückgewonnenen umfassenden Neutralitätsstatus nicht wieder zugunsten einer Völkerorganisation aufgeben, die an die Mitgliedschaft noch weitergehende Bedingungen knüpfte und die den Neutralen damals wenig günstig gesinnt war. Doch die Jahre nach den beiden Weltkriegen haben einen anderen Verlauf genommen und auch die Weltorganisationen sind in ihrer Entwicklung kaum vergleichbar. Sobald mit den beiden deutschen Staaten alle Verlierermächte

des Zweiten Weltkrieges der UNO angehören werden – Japan war schon im Dezember 1956 beigetreten –, wird sich die Unhaltbarkeit einer aus verständlichen, aber inzwischen gegenstandslos gewordenen historischen Bezügen gewählten Abseitsposition deutlicher denn je zeigen. Das Buch des Völkerrechtlers *Hans Haug*, verfasst im Auftrag der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik, leistet zu dieser neben der Europapolitik wohl wichtigsten ausserpolitischen Frage wertvolle Orientierungshilfe⁷. Die sachkundige und gut lesbare Schrift gibt einen Abriss über die Entwicklung der UNO, um dann das bisherige Verhältnis der Schweiz zur Weltorganisation aufzuzeigen. Die Darlegung geht auf alle Aspekte ein, unter denen die Mitgliedschaft zu prüfen ist. Der befürwortende Standpunkt des Verfassers kommt vor allem dort zum Ausdruck, wo die Stellungnahme der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik wiedergegeben wird. Eine historische Studie, die das Verhältnis der Schweiz zum Völkerbund und zur UNO einem kritischen Vergleich unterzieht, wird wohl erst nach der noch ausstehenden Volksabstimmung geschrieben werden können.

Klaus Urner

¹Hansjörg Renk, *Bismarcks Konflikt mit der Schweiz. Der Wohlgemuth-Handel von 1889 – Vorgeschichte, Hintergründe und Folgen*, Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Bd. 125, Verlag von Helbing & Lichtenhahn, Basel-Stuttgart 1972. – ²Jost Nikolaus Willi, *Der Fall Jacob-Wesemann (1935/36) – Ein Beitrag zur Geschichte der Schweiz in der Zwischenkriegszeit*, Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Bd. 13, Herbert Lang & Cie AG Bern, Bern 1972. – ³Jann Etter,

Armee und öffentliche Meinung in der Zwischenkriegszeit 1918–1939, Francke-Verlag Bern, Luzern 1972. – ⁴Kurt Koszyk, Deutsche Presse 1914–1945. Geschichte der deutschen Presse, Teil III – Abhandlungen und Materialien zur Publizistik, Bd. 7, Colloquium-Verlag Berlin, Berlin 1972. – ⁵René Riesen, Die Schweizerische Bauernheimatbewegung (Jungbauern) – Die Entwicklung von den Anfängen bis 1947 unter der Führung von

Dr. Hans Müller Möschberg/Grosshöchstetten, Helvetia Politica, Series B, Vol. VII, Francke-Verlag AG Bern, Biel 1972. – ⁶Heinz Ochsenbein, Die verlorene Wirtschaftsfreiheit 1914–1918 – Methoden ausländischer Wirtschaftskontrollen über die Schweiz, Verlag Stämpfli & Cie AG, Bern 1971. – ⁷Hans Haug, Das Verhältnis der Schweiz zu den Vereinten Nationen, Schriftenreihe der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik, Bd. 1, Verlag Paul Haupt Bern-Stuttgart, Bern 1972.

Mitarbeiter dieses Heftes

Prof. Dr. iur. Jean-François Aubert, Nationalrat, 2035 Corcelles, Avenue Soguel 15

Dr. iur. Roberto Bernhard, 8400 Winterthur, Mythenstrasse 58

Prof. Dr. S. N. Eisenstadt, zurzeit Netherlands Institute for Advanced Study, NL-Wassenaar, Meyboomlaan 1

Alfred A. Häsler, Schriftsteller, 8053 Zürich, Buchzelgstrasse 59

Ulrich Kägi, Redaktor der «Weltwoche», 8021 Zürich, Talacker 41

Dr. phil. Martin Meyer, 5600 Lenzburg, Stapferhaus/Schloss

Dr. phil. Elsbeth Pulver-Spring, 3000 Bern, Neufeldstrasse 19

Prof. Dr. rer. pol., lic. iur. Hugo Sieber, 3074 Muri BE, Worbstrasse 58

Dr. iur. Christian Thalmann, 8702 Zollikon, Blumenrain 29

cand. phil. Klaus Urner, 8501 Nussbaumen, Pfarrhaus

Den Aufsatz von S. N. Eisenstadt übersetzte Beatrice Bissoli, 8006 Zürich, Scheuchzerstrasse 47, aus dem Englischen.

Roberto Bernhard wurde 1929 in seiner Vaterstadt Winterthur geboren, promovierte an der Universität Zürich mit einer Dissertation über «Die künstliche Besamung beim Menschen im Hinblick auf das schweizerische Recht» zum Dr. iur. und bestand die zürcherische Anwaltsprüfung. Seit 1958 ist er als freier, beim Schweizerischen Bundesgericht in Lausanne akkreditierter Journalist tätig und kommentiert namentlich das Geschehen in der Westschweiz. Er wirkte

bei verschiedenen Buchveröffentlichungen über die Schweiz mit und verfasste den Hauptteil des Bändchens über «Alemannisch-welsche Sprachsorgen und Kulturfragen».

*

S. N. Eisenstadt, 1922 in Warschau geboren, ist Professor für Soziologie an der Hebräischen Universität in Jerusalem. Gastprofessuren u. a. an der Har-